

## NIEDERSCHRIFT BA/009/2006

über die Sitzung **des Betriebsausschusses der Stadt Billerbeck** am 29.08.2006  
im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde

Vertretung für Herrn  
Willi Krause

Herr Florian Heuermann

Herr Werner Wiesmann

Herr André Heßling

Herr Thomas Tauber

Vertretung für Herrn  
Hans-Joachim Speng-  
ler

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Jürgen Hövener

Herr Johannes Lanfermann

Herr Klaus Wieling

Vertretung für Herrn  
Dr. Christian Köhler

Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Dr. Rolf Sommer

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

bis einschl. TOP 2 ö.  
S.

Herr Rainer Hein

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Zuhörer:

Herr Heinz Roggenkamp

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Herr Dr. Meyring stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

### TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

### 1. **Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Billerbeck**

Herr Hövener erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) in der vorliegenden Form nicht zustimmen könne. Aus ihrer Sicht bestehe zurzeit keine Veranlassung, den ganzheitlichen Sanierungsansatz verbindlich im ABK festzuschreiben. Hierfür fehlten wichtige Informationen. Die in der Sitzungsvorlage dargelegten Ausführungen des Betriebsleiters stellten stark auf die Förderrichtlinien ab, die aber bisher noch nicht im Detail veröffentlicht seien. Außerdem fehlten die Ergebnisse aus dem Pilotprojekt Kohkamp, um abschließend Festschreibungen vornehmen zu können. Zudem habe Herr Hein dargestellt, dass in den nächsten Jahren eher zurückhaltend agiert werde, um Datengrundlagen für das weitere Vorgehen zu schaffen. Die CDU-Fraktion vertrete die Auffassung, dass dann über das weitere Vorgehen beraten und entschieden werden sollte. Deshalb beantrage er, die verbindliche Festschreibung der ganzheitlichen Sanierung aus dem ABK herauszunehmen.

Herr Wieling macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass sie der 4. Fortschreibung des ABK grundsätzlich zustimmten, aber die in der Einladung beschriebenen Punkte noch modifiziert werden müssten. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Betriebsleiters in der Sitzungsvorlage, wonach das Förderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich Abwasserbeseitigung in Kürze in Kraft treten solle, habe er aus Düsseldorf erfahren, dass das Förderprogramm ab dem 1. Januar 2007 beraten werden solle und dieses in Nordrhein-Westfalen als ungeheure Belastung für die Bürger gesehen werde. Er schlage vor, bzgl. der ganzheitlichen Sanierung zunächst abzuwarten, bis es eine Übersicht über den Förderrahmen gebe.

Herr Dr. Meyring stellt fest, dass also ein Konsens bestehe, dem ABK, abgesehen von der Förderung des ganzheitlichen Sanierungsansatzes, im Grundsatz zuzustimmen. Ergänzend weist er darauf hin, dass selbst wenn Förderrichtlinien beschlossen werden sollten, diese lediglich für eine Legislaturperiode gelten. Dann wisse man noch nicht, ob die Richtlinien auch danach noch Bestand haben. Weil aber lt. ABK erst ab 2010 förderfähige Maßnahmen in Angriff genommen werden sollen, bestehe keine Eile, jetzt im ABK die ganzheitliche Sanierung festzuschreiben.

In der einsetzenden Erörterung macht Herr Hein deutlich, dass in den nächsten Jahren zwei Maßnahmen, nämlich das Pilotprojekt Kohkamp und die Sanierung der Mischwasserkanäle und Anschlussleitungen Kerkeler anstünden. Im Rahmen des Straßenausbaues müssten im Kerkeler auch die Anschlussleitungen untersucht werden. Er habe heute erfahren, dass das Förderprogramm in der letzten Woche beschlossen worden sei. Wenn die Bürger in den Genuss einer Förderung kommen sollen, gehe das nur zusammen mit der Stadt in einem einheitlich abgestimmten Sanierungskonzept. Also sollten alle an einem ganzheitlichen Sanierungsansatz interessiert sein.

Herr Wiesmann stellt fest, dass es sich bei dem ABK nicht um eine Bibel

handelt und Maßnahmen immer wieder verschoben werden könnten. Die Fortschreibung des ABK sollte ohne den ganzheitlichen Sanierungsansatz beschlossen werden. Im Übrigen müsse über eine ganzheitliche Sanierung im Bereich Kerkeler noch diskutiert werden, diese sei noch nicht beschlossen.

Nachdem seitens der Ausschussmitglieder auf redaktionelle Fehler in der Fortschreibung hingewiesen wird, fasst der Ausschuss unter der Voraussetzung, dass Herr Hein bis zur Ratssitzung ein geändertes ABK vorlegt folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die 4. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (2006 - 2010) wird ohne die Absichtserklärung der ganzheitlichen Sanierung beschlossen und der Bezirksregierung gem. § 53 Landeswassergesetz (LWG) vorgelegt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**2. Ertüchtigung der Kläranlage  
hier: Neubau des Sozialgebäudes**

Herr Hövener stellt fest, dass die vorgestellte Lösung mit einer Erweiterung an der Seite des Betriebsgebäudes durchaus adäquat ist. Mit einer Aufstockung würden dagegen Raumkapazitäten geschaffen, die zurzeit nicht erforderlich seien. Von daher könne er die in der Vorlage dargestellte Alternative mittragen, wobei er nicht die Notwendigkeit sehe, für den Eventualfall der Beschäftigung einer weiblichen Mitarbeiterin den Duschtrakt freizuhalten. Er halte es für vertretbar, diesen Raum für den Neuaufbau der Niederspannungshauptverteilung zu nutzen. Zu gegebener Zeit könne dann über Alternativen der Sanitäreinrichtung für weibliche Mitarbeiterinnen nachgedacht werden.

Herr Hein betont noch einmal die für eine Aufstockung sprechende Investition in die Zukunft. Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen weist er darauf hin, dass die Gebühr lediglich um 1 Cent/cbm steigen werde.

Herr Heßling fragt nach, welche Kosten denn nun tatsächlich für eine Aufstockung und für einen Anbau entstünden. Dieses könne er der Vorlage nicht eindeutig entnehmen, hier wäre eine Gegenüberstellung übersichtlicher gewesen.

Herr Wieling moniert ebenfalls, dass die Kosten der Sitzungsvorlage nicht eindeutig zu entnehmen seien; auch für die Öffentlichkeit wäre hier mehr Transparenz wünschenswert. Der Aussage von Herrn Hein, dass eine Aufstockung Zukunftssicherheit bedeute, halte er entgegen, dass hiermit Mehrkosten von 120.000,- € verbunden seien. Der Bürger werde nicht verstehen, dass sich, wie von Herrn Hein erläutert, diese Kosten wegen der Abschreibung und Verzinsung auf ca. 8.300,- €/Jahr reduzierten und hieraus eine Gebührenanhebung um 1 Cent resultiere. Im Übrigen wolle man doch jede Gebührenanhebung abwehren.

Herr Wiesmann mahnt an, dass der Anbau kein Provisorium werden dürfe, es müsse schon ordentlich gebaut werden. Im Übrigen könne immer noch aufgestockt werden, man verbaue sich also nichts.

Nach weiterer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Anbau wird wie in der der Sitzungsvorlage beigefügten Zeichnung skizziert realisiert. Auf eine Vorratsfläche für evtl. Damenduschen bzw. -umkleiden wird zurzeit verzichtet.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Halbjahresbericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck**

Die Ausschussmitglieder nehmen den Halbjahresbericht des Abwasserbetriebes zur Kenntnis.

**4. Mitteilungen**

Keine

**5. Anfragen**

**5.1. Kanalbaumaßnahme am Kindergarten St. Johann - Herr Lanfermann**

Herr Lanfermann weist darauf hin, dass auf dem Weg vom Kindergarten zur Berkel ein Gulli sehr tief liege und keinen Teller zum Auffangen des Schotters habe, der bei starkem Regen hinein gespült werde. Herr Hein sagt Überprüfung zu.

**5.2. Kanalbaumaßnahme Darfelder Straße - Herr Wiesmann, Herr Dr. Meyring, Herr Lanfermann**

Herr Wiesmann erkundigt sich, ob die Baumaßnahme im Zeitplan liege. Er habe den Eindruck, dass sie nur schleppend vorangehe. Außerdem halte er die Baustellenampel im Bereich des Fußgängerüberweges für unglücklich und nicht sicher genug. Außerdem sei das Verkehrschaos vorprogrammiert, wenn die Baustelle bis zum Aldi vorrücke.

Herr Hein bestätigt, dass der Bauzeitenplan nicht eingehalten werde. Er habe die Firma bereits in Verzug gesetzt. Im Übrigen sei im Zuge von Baumaßnahmen immer mit Behinderungen zu rechnen.

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, ob nicht die Möglichkeit bestehe, im Bereich der Fußgängerampel ein Provisorium herzustellen, damit die Baustellenampel aus dem Bereich herauskomme.

Herr Hein wirft ein, dass ihm keine Probleme mit der jetzigen Verkehrsregelung gemeldet worden seien. Vorsorglich habe er die Polizei um Präsenz gebeten, damit es auch nicht zu Problemen komme.

Herr Lanfermann fragt nach, ob es richtig sei, dass nach Beendigung der Kanalbaumaßnahme die RWE dort Kabel auswechsele.

Das wird von Herrn Hein verneint. Die Baumaßnahme sei mit den RWE abgestimmt worden. Die RWE werde neue Versorgungsleitungen in der Radwegetrasse verlegen.

Dr. Wolfgang Meyring  
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann  
Schriftführerin